

# Zum Erfolg verdammt

## Eine Analyse der Bundestagswahl

---

Deutschland hat gewählt. Die neue Regierung steht vor großen Herausforderungen, innen- wie außenpolitisch. Doch erst einmal muss sie Misstrauen abbauen und schmerzhaft Kompromisse finden. Eine stabile Regierung wird dringend gebraucht. Doch ob sie schnell gebildet werden kann, ist alles andere als sicher.

*Wolfgang Schroeder*

Mit der Bundestagswahl am 23. Februar endete ein besonderer Wahlkampf. Der kurze Winterwahlkampf wollte zunächst nicht so recht in Fahrt kommen, um sich dann ganz um das Thema Migration zu drehen. Die Ampelkoalition, die in der öffentlichen Wahrnehmung von andauerndem Streit geprägt war, hatte in der Geschichte der Bundesrepublik kaum übertroffene Unbeliebtheitswerte. Folgerichtig gingen alle drei Partner mit herben Verlusten aus der Wahl hervor. Doch auch die Union, die unter diesen Umständen auf ein Ergebnis von deutlich über 30 Prozent gehofft hatte, kann mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden sein.

Neben dem formalen Sieger gibt es zwei wirkliche Gewinner: Die AfD konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln und zieht als zweitstärkste Fraktion in den Bundestag ein, mit fast einem Viertel der Sitze. Der Druck von rechts wird in den kommenden Jahren also nicht weniger werden. Überraschend und vor wenigen Wochen wohl kaum für möglich gehalten, geht auch die Linke als Sieger aus der Wahl hervor und zieht wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Sie dürfte noch eine entscheidende Rolle spielen, denn der Mitte des Parlaments fehlt eine Zweidrittelmehrheit, so dass man bei Verfassungsänderungen auf die Linke zugehen müsste – nicht einfach angesichts des Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU.

Kennzeichnend für diesen Wahlkampf waren die schwachen Attraktivitätswerte aller Kanzlerkandidat\*innen. Weder der Amtsinhaber noch seine Herausforder\*innen konnten hohe Zustimmungswerte außerhalb ihrer eigenen Anhängerschaft erlangen. Insbesondere Friedrich Merz hat historisch schlechte Zustimmungswerte. Er gewinnt diese Wahl mit schlechteren Werten als sein Parteikollege Armin Laschet 2021 – der damals die Wahl verlor.

**„Kennzeichnend für diesen Wahlkampf waren die schwachen Attraktivitätswerte aller Kanzlerkandidat\*innen“**

Erfreulich ist die gestiegene Wahlbeteiligung, mit 82,5 Prozent die höchste seit der Wiedervereinigung. Besonders profitieren konnte davon allerdings die AfD. Dadurch, dass sowohl die FDP als auch das BSW den Einzug in den Bundestag verpassten, werden im neuen Bundestag, zählt man die übrigen Kleinparteien dazu, knapp 15 Prozent der Stimmen nicht repräsentiert sein. Das ist ein Problem für die Akzeptanz der Demokratie, worüber sich alle Parteien Gedanken machen sollten.

Auffällig ist, dass diese Wahl eine Wahl der Alten war. Keine Wählergruppe ist größer als die der über 60-Jährigen. Zugleich sind sowohl Union als auch SPD in dieser Gruppe mit Abstand am erfolgreichsten, während ihre Zustimmungswerte bei den jüngeren dramatisch schlecht sind. Die wahrscheinliche neue Regierung kann somit berechtigterweise als eine Regierung der Alten bezeichnet werden.

## „Die neue Regierung kann als eine Regierung der Alten bezeichnet werden“

Umfragedaten von infratest dimap zeigen, dass der Union bei den im Wahlkampf bedeutenden Themen Sicherheit und Wirtschaft zwar die meiste Kompetenz zugesprochen wird. Auch beim Thema der Asyl- und Flüchtlingspolitik wird sie von den Befragten insgesamt kompetenter als die AfD eingeschätzt (26 versus 22 Prozent). Dennoch konnte die Union AfD-Wähler\*innen nicht von sich überzeugen, sie bleiben beim „Original“ – mehr noch, die Union verliert mehr als eine Millionen Wähler\*innen an die AfD (in Ostdeutschland konnte die CDU nur 18,7 Prozent holen). Ohne den stärkeren Wert der CSU in Bayern (37,2 Prozent) hätten CDU und AfD in den westdeutschen Flächenstaaten noch um einiges näher beieinander gelegen.

## „Die Strategie der Union, die AfD durch einen härteren Kurs in der Migrationspolitik zu schwächen, ist gescheitert“

Die AfD kann als der wahre Wahlsieger 2025 gesehen werden. Ihr Ergebnis von 20,8 Prozent ist eine glatte Verdopplung gegenüber 2021. Sie gewinnt 42 Wahlkreise und damit fast alle ostdeutschen Direktmandate. Sie wurde im Osten mit 32 Prozent stärkste Kraft, doch auch im Westen gewinnt sie 18 Prozent und ist insbesondere in Süddeutschland häufig zweitstärkste Kraft hinter der Union. Neben der Unzufriedenheit mit der Ampelregierung profitierte die Partei vor allem dadurch, dass ihr Kernthema Migration im Zentrum dieses Wahlkampfs stand. Die Strategie der Union, die AfD durch



**Wolfgang Schroeder** ist WZB-Fellow am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Als Professor an der Universität Kassel leitet er das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. [wolfgang.schroeder@wzb.eu](mailto:wolfgang.schroeder@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

einen härteren Kurs in der Migrationspolitik zu schwächen, ist gescheitert. Allerdings wird die AfD auch weiterhin keine Machtoption haben, sie verbleibt in der Opposition.

Der Überraschungssieger der Wahl ist die Linke. Noch vor wenigen Monaten totgesagt, konnte sie mit 8,8 Prozent das drittbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte erzielen. Insbesondere bei jungen Menschen, und hier wiederum hauptsächlich bei Frauen, war die Partei erfolgreich, zudem in Ostdeutschland und in Großstädten. Gerade von SPD und Grünen konnte sie gewinnen und so progressive Wähler\*innen dieser Parteien abwerben, die von der Bilanz der Ampelregierung enttäuscht waren. Den Erfolg verdankt sie mehreren Faktoren: dem erfolgreichen, insbesondere bei jungen Menschen wichtigen Social-Media-Wahlkampf, der klaren Abgrenzung gegen rechts beziehungsweise die AfD, dem Fokus auf einige wenige, klassisch linke Themen wie Mieten, Löhne und Preise, einem rekordverdächtigen Haustürwahlkampf und der Ansprache älterer (ehemaliger) Stammwähler im Osten durch die sogenannte Mission Silberlocke, also den Versuch, durch drei Prominente das Minimum an Direktmandaten zu erzielen.

Bündnis 90/Die Grünen konnten ihre Kernklientel weiter gut mobilisieren, sie sind aber über diese Klientel nicht hinausgekommen. Der ganz auf Robert Habeck zugeschnittene Wahlkampf, der vor allem gemäßigte und gegenüber Merz kritisch eingestellte Unionswähler\*innen

gewinnen sollte, war nicht erfolgreich. Insbesondere linke Wähler\*innen der Grünen haben ihnen den Rücken gekehrt. Auch bei den jungen Wähler\*innen verlieren sie massiv, insbesondere bei den Frauen; ihre besten Ergebnisse erzielen sie in den mittleren Altersgruppen. Besonders stark bleiben sie bei Wähler\*innen mit hoher Bildung und Beamten. Sie sind im Westen deutlich erfolgreicher als im Osten und besonders schwach bei Menschen in schlechter wirtschaftlicher Situation, Arbeitern und niedrig Gebildeten.

### „Ob die notwendige Erneuerung der SPD in der Regierung gelingen kann, darf bezweifelt werden“

Die SPD schafft es mit 16,5 Prozent nur noch auf den dritten Platz, mit einem Verlust von 9,2 Prozentpunkten. Sie verliert Wähler\*innen vor allem an die AfD (ca. 720.000) und an die Union (1,7 Millionen). Sie wurde dabei in erster Linie für die als schlecht empfundene Regierungsarbeit und den unbeliebten Kanzlerkandidaten abgestraft. Besonders erfolgreich ist die SPD nur noch bei den über 70-Jährigen, wo sie 24 Prozent holte. Zudem sind ihre Werte in Ostdeutschland massiv eingebrochen auf nur noch 11,6 Prozent (minus 12,3). Mit ihren Themen konnte die SPD im Wahlkampf kaum überzeugen, sie befand sich eher in einer Verteidigungshaltung. Trotzdem wird sie wohl wieder an der Regierung beteiligt sein und versuchen, einige sozialpolitische Akzente zu setzen. Ob die notwendige Erneuerung dabei gelingen kann, darf bezweifelt werden.

Die FDP hat ihr Manöver, das zum Bruch der Koalition aus SPD, FDP und Grünen führte, nicht als parlamentarische Partei überstanden. Sie verliert 7,1 Prozentpunkte und kommt mit 4,3 Prozent nicht mehr in den Bundestag. Die Union (1,3 Millionen Wähler\*innen) und die AfD (890.000) können davon profitieren. Die FDP konnte nur eine kleine Kernklientel überzeugen. Besonders stark verliert sie bei den unter 20-Jährigen (minus 16 Prozentpunkte).

Damit ist die FDP auch nach ihrer zweiten Regierungsbeteiligung im 21. Jahrhundert mit dem Ausscheiden aus dem Parlament abgestraft worden. 2013 wie auch jetzt wurde die

Partei eher als Störenfried der Regierung wahrgenommen und verlor im Lauf der Legislaturperiode den Großteil ihrer Wähler. Das wirft die Frage auf, ob diese Partei strukturell regierungsfähig ist.

Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht verpasst den Einzug in den Bundestag knapp. An den Höhenflug bei der Europawahl und insbesondere bei den ostdeutschen Landtagswahlen konnte es nicht anknüpfen. Das BSW war besonders in Ostdeutschland erfolgreich, wo es 9,3 Prozent holen konnte – gegen 3,9 Prozent im Westen. Demografisch zeigen sich wenig Unterschiede, außer dass es bei jüngeren Wähler\*innen etwas erfolgreicher war als bei älteren und ein wenig besser bei Frauen abschneiden konnte als bei Männern. Die neuen Wähler\*innen der Partei kommen vor allem von Nichtwählern und Kleinparteien, von der SPD und den Linken. Die wenigsten hingegen kommen von der AfD, gerade einmal 60.000. Angesichts des Anspruchs, die AfD zu schwächen und ehemalige Wähler\*innen linker Parteien, insbesondere Arbeiter, zurückzugewinnen, kann das Projekt als gescheitert angesehen werden.

### „Deutschland muss an der Seite Frankreichs und Polens Führungsverantwortung übernehmen“

Die Probleme und Herausforderungen, vor denen die neue Regierung steht, könnten größer nicht sein. Die Wirtschaft ist in einer schlechten Lage, ohne Besserung in Sicht; die Herausforderungen der ökologischen Transformation bestehen weiter, auch wenn sie im Wahlkampf kaum thematisiert wurden; die Bevölkerung ist zutiefst unzufrieden; eine gefühlte Unsicherheit und die Regelung der Migration werden als Problem gesehen. Hinzu kommen geopolitische Verwerfungen: Der Krieg in der Ukraine dauert an, die neue Trump-Administration greift die liberale Demokratie in den USA ebenso an wie die internationale Weltordnung und die NATO. Eine vertiefte europäische Zusammenarbeit ist notwendiger denn je, auch und gerade in der Verteidigungspolitik. Deutschland muss an der Seite Frankreichs und Polens Führungsverantwortung übernehmen.

Die Herausforderungen sind also riesig, doch das Misstrauen unter den wahrscheinlich zukünftigen Partnern ist groß. In den letzten Jahren und erst recht im Wahlkampf sind zwischen SPD und Union tiefe Gräben entstanden. Jetzt müssen beide Seiten verbal abrüsten. Es braucht dringend Einigungen und Kompromisse und eine stabile Regierung. Noch eine Koalition des dauernden Streits und der Uneinigkeit können sich weder das Land noch die EU und unsere internationalen Partner leisten.

Das über allem schwebende Problem ist die unzureichende Investitionsfähigkeit des Staates. Die Stärkung der Verteidigung sowohl national als auch europäisch, die Transformation der Wirtschaft und der massive öffentliche Investitionsstau: Ohne eine Reform der Schuldenbremse oder neue Sondervermögen werden diese Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Bei der Union deutet sich nach dem Wahlkampf ein Kurswechsel an. Für die erforderlichen Beschlüsse wird man nun jedoch auf die Linkspartei angewiesen sein, die sich ihre Zustimmung etwas kosten lassen wird. Darüber hinaus wird die Union auf Kürzungen im Sozialbereich bestehen, was zu Konflikten mit der SPD führen wird.

Auch die Migrationspolitik bleibt ein Konfliktherd. Zwar sind sich beide Parteien einig, dass hier Handlungsbedarf besteht, die Forderungen liegen jedoch auseinander. Das überstürzte Handeln der Union, kurz vor der Wahl über unausgereifte Maßnahmen mit der AfD abzustimmen, hat eine Einigung und Kompromissfindung in diesem Bereich nicht erleichtert.

Die neue Regierung muss einen Kompromiss finden, der als historisch gelten kann: Sie muss die Themenbereiche Migration und Investitionen in die Infrastruktur in Ausgleich bringen. Diese Themen sind eng miteinander verflochten und zugleich zentral für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Institutionelle Reformen in der Migrationspolitik und eine Reform der Schuldenbremse werden also zum Lackmустest für die Funktionsfähigkeit dieser Koalition werden.

### „Die neue Regierung muss einen Kompromiss finden, der als historisch gelten kann“

Die progressive Mitte ist durch diese Wahl enorm geschwächt worden. Nur noch 36 Prozent der Wähler\*innen haben der SPD, den Grünen oder der Linken ihre Stimme gegeben. Aber auch die neu zu bildende Regierung aus Union und SPD repräsentiert mit 44,9 Prozent nur noch einen kleineren Teil der Gesellschaft – und zwar den älteren. Wie kann trotzdem eine inklusive Regierung für alle gebildet werden? Vermutlich braucht es eine gesellschaftliche Öffnung. Denn aus den Schießscharten eines Regierungsbündnisses, das sich abschottet, um schnell und effizient zu regieren, wird es schwer möglich sein, die großen Herausforderungen gesellschaftlich abzusichern. Zusätzliche konsultative Verfahren könnten Bedarfe und Vorlieben der Bevölkerung besser abbilden. Vielleicht sind sie eine Option, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen und Legitimation herzustellen, also eine breite Unterstützung der Regierung. ●